

Medienmitteilung – 3224 Zeichen – **Veröffentlicht: 02.05.2024**

Verband Luzerner Gemeinden VLG

Gemeinden erhöhen Druck auf Finanzausgleich

Die Gemeinden müssen die Steuergesetzrevision wohl oder übel als Kröte schlucken. Umso grösser ist der Druck auf Korrekturen beim Finanzausgleich. Diese Stimmung beherrschte die Diskussion an der Generalversammlung des Verbandes Luzerner Gemeinden.

«In den letzten anderthalb Jahren haben wir sehr intensiv für die Anliegen der Gemeinden bei der Steuergesetzrevision gearbeitet», sagte VLG-Präsidentin Sibylle Boos-Braun anlässlich der GV des Verbandes in Wolhusen «zum wichtigsten Geschäft im Verbandsjahr 2023». Die ursprüngliche Vorlage des Regierungsrats «hätten wir Gemeinden nie und nimmer akzeptieren können», sagte Markus Kronenberg, VLG-Bereichsleiter Finanzen und Gemeindeamman Eschenbach. Der Kampf war nicht umsonst, der VLG konnte einiges herausholen:

- Gesamthafte Reduktionen für die Gemeinden um 8,4 Millionen Franken
- Verbesserungen mit dem Regierungsrats-Korrekturentscheid von 11,9 Millionen Franken
- Ausfall für die Gemeinden von 78,7 auf 68,8 Millionen Franken reduziert
- Zeitliche Staffelung der Umsetzung

Weder Begeisterung noch Opposition

Die engagierte Diskussion an der GV ergab folgendes Bild: Die Gemeinden sind von der Steuergesetzrevision sehr unterschiedlich betroffen. Den meisten Gemeinden machen die Auswirkungen aber grosse Sorgen. «Für Sursee kostet die Revision jährlich 2,2 Millionen Franken», sagte Stadtrat Urs Koch. Oder Max Hess, Gemeindepräsident von Dierikon, brachte es radikal auf den Punkt: «Wenn eine solche Steuergesetzrevision drei Zehntel Steuereinheiten ausmacht, vernichtet das die Gemeinden.»

Trotz dieser negativen Stimmen steigen die Gemeinden vor der Volksabstimmung vom 22. September 2024 nicht auf die Barrikaden. Den Grund fasste Kronenberg so zusammen: «Ein Kampf gegen eine Vorlage ist aussichtslos, wenn das Kantonsparlament sehr deutlich zugestimmt hat und grosse Teile der Bevölkerung durch tiefere Steuern profitieren.»

Bedingungen an die Regierung

An der Generalversammlung waren auch Regierungsrätin Ylfete Fanaj und Regierungsrat Armin Hartmann anwesend. Ihnen gaben die Gemeinden zwei Hausaufgaben mit auf den Weg.



Erstens soll die Regierung aufhören, alle 80 Gemeinden als eine Einheit zu betrachten und allen diesen 80 Gemeinden summarisch vorzuhalten, es gehe ihnen finanziell gut. Dabei vergesse die Regierung, dass die Gemeinden finanziell sehr unterschiedlich unterwegs sind und zudem gewaltige Infrastrukturkosten für Schulhäuser, Strassen, Heime oder öffentliche Anlagen bewältigen müssen. «Es ist enorm, was da auf die Gemeinden zukommt», sagte der Rooter Gemeinderat Patrick Meier.

Zweitens und noch wichtiger ist die Erwartung, dass nach der Teilrevision des Finanzausgleichs umgehend im Express-Tempo die Totalrevision gestartet wird. Boos-Braun: «Nur so können die finanziellen Unterschiede zwischen den Gemeinden reduziert werden». Oder wie es der Willisauer Stadtammann Daniel Bammert ausdrückte: «Da erwarten wir rasches und grosszügiges Handeln, sonst geht vielen den Gemeinden der Schnauf aus.» Beat Blum, Gemeindeammann von Menznau, erwartet darin die Berücksichtigung der vielen neuen Aufgaben, die den Gemeinden von Bund, Kanton oder der Gesellschaft aufgebürdet werden.

Fotos:

- Präsidentin Sibylle Boos-Braun führte durch die Versammlung
- Vorstandsmitglied und Leiter Bereich Finanzen Markus Kronenberg bei seinen Ausführungen zur Steuergesetzrevision

Rückfragen:

- Sibylle Boos-Braun, VLG-Präsidentin, Gemeindepräsidentin Malters, 041 499 66 79, sibylle.boos@malters.ch
- Ludwig Peyer, Geschäftsführer VLG, 041 368 58 10, ludwig.peyer@vlg.ch